

EIN TEURES EXPERIMENT

Von Heribert Beck

«Lichtensteins Finanzpolitik

scheint auf einem guten Weg zu sein», stellte das Volksblatt am vergangenen Samstag aufgrund der Landesrechnung 2007 fest und warnte zugleich vor «Begehrlichkeiten» und kostspieligen Ideen der politischen Akteure.

Angesichts der Kosten des gestern von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck präsentierten Familiengeldes könnte man annehmen, dass die erste Begehrlichkeit bereits geweckt ist. Über acht Millionen Franken soll das nach dem Giesskannenprinzip verteilte Familiengeld den Staat jährlich kosten. Zumindest so lange, bis das Projekt nach zehn Jahren auf seinen Erfolg hin geprüft wird. Insgesamt kommen so nach heutigem Stand – und ohne Zinsen – rund 82 Millionen Franken zusammen. Immerhin zwölf Millionen mehr als der Überschuss der Landesrechnung im Jahr 2007.

Ob das Familiengeld positive Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung haben wird, lässt sich heute nicht vorhersagen. Studien aus anderen Staaten belegen aber immer wieder, dass Geld alleine nicht zu einer Steigerung der Geburtenrate beiträgt. Dazu sind umfassende strukturelle Massnahmen notwendig, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Solche Massnahmen sieht das gestern vorgestellte Paket auch tatsächlich vor. Mit Kosten von weniger als 1,8 Millionen Franken pro Jahr fallen sie neben den 8,2 Millionen für das Familiengeld allerdings vergleichsweise bescheiden aus.

Es ist absolut erfreulich, dass die Familienförderung allen Parteien gleichermassen am Herzen liegt. Gerade diese Einigkeit sollten die Verantwortlichen nutzen, um gemeinsam eine Lösung zu suchen, wie die Steuermillionen am wirkungsvollsten eingesetzt werden könnten – anstatt den Löwenanteil der Fördergelder jetzt im grossen Stil nach dem Giesskannenprinzip in ein teures Experiment mit ungewissem Ausgang zu investieren.